

# DIE DEUTSCH-TSCHECHOSLOWAKISCHEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Ein Forschungsprojekt des Münchener Instituts für Zeitgeschichte

*Von Christoph Boyer*

Seit dem September 1991 betreibt das Institut für Zeitgeschichte ein umfangreiches wissenschaftliches Projekt, das sich die Erforschung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zum Ziel gesetzt hat. Das Vorhaben ist vom ehemaligen stellvertretenden Direktor des IfZ, Professor Herbst, in der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission angeregt worden und wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie für eine Laufzeit von drei Jahren finanziert. „Bilateralismus“ ist nicht nur Thema der Forschungstätigkeit, sondern prägt auch die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs: Neben einem Angehörigen des Instituts wird ein tschechoslowakischer Gastwissenschaftler beschäftigt.

Die folgende Skizze stellt das Projektkonzept der Fachöffentlichkeit vor; für Anregungen und kritische Diskussion ist das Institut Herrn Dr. Peter Heumos vom Münchner Collegium Carolinum, Herrn Professor Dr. Christoph Buchheim (Mannheim) und Herrn Dr. Eduard Kubů vom Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Prager Karls-Universität zu Dank verpflichtet. Ein „Werkstattbericht“ informiert abschließend über die Quellenlage.

\* \* \*

Einem Diktum des tschechoslowakischen Außenministers Beneš zufolge waren die Westmächte zwar die politischen Freunde der Tschechoslowakei, Deutschland aber war ihr Nachbar. Angesprochen war damit die Tatsache, daß nicht nur die Außenpolitik der Republik in besonderer Weise auf Deutschland Rücksicht nehmen mußte, sondern vor allem auch, daß die tschechoslowakische Wirtschaft mit der deutschen durch mannigfaltige Beziehungen eng verbunden war. Damit ist das Leitmotiv benannt, unter dem die – im Gegensatz zu den politisch-diplomatischen bislang weniger erforschten – ökonomischen Verflechtungen zwischen beiden Ländern zu untersuchen sind.

Zu den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dieser Beziehungen gehörte das unverkennbare Bestreben der ČSR, die neuerrungene politische Unabhängigkeit durch den Aufbau einer genuin tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu ergänzen – dies generell ein wichtiges Element in der Geschichte der Ersten Republik. Zum Programm der „nationalen Emanzipation“ auf dem Gebiet der Ökonomie gehörte

wesentlich das Ziel, die Fernsteuerung der Wirtschaft von den alten Zentren der Monarchie, Wien und Budapest, aus zu beenden. Dieser Wirtschaftsnationalismus – kein hypertropher Chauvinismus, eher ein „defensiver Nationalismus aus Not“ – prägte auch die Beziehungen zum Reich: Maßgebliche Kräfte in Prag – in erster Linie in der „Burg“ – hatten immer die Gefahren für die Handlungsfreiheit der ČSR im Blick, die aus der wirtschaftlichen Potenz der Deutschen resultierten. Weil die ökonomische Vereinnahmung als Vorstufe einer politischen Hegemonie des Reiches gefürchtet wurde, waren die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in vielen Hinsichten von Konflikten, von „Distanzierung“ und „Entflechtung“ geprägt.

Nun bedeutete bekanntlich die „Nostrifizierung“ der tschechoslowakischen Ökonomie nicht einfach eine Absage an – wie auch immer geartete – Formen der Zusammenarbeit zwischen den Nachfolgestaaten. Ebenso hat eine differenzierte Analyse zu berücksichtigen, daß in den Beziehungen zu Deutschland der tschechoslowakische Wirtschaftsnationalismus durch ein pragmatisch motiviertes Interesse an „Kooperation“ im konkreten Fall durchkreuzt oder neutralisiert werden konnte. Vor allem für maßgebliche Kreise der Industrie spielten also durchaus auch die positiven Effekte der bilateralen Handelsverflechtung bzw. der Zusammenarbeit mit Unternehmen des Nachbarlandes eine wichtige Rolle. Die charakteristische Gemengelage von Zusammenarbeit einerseits, einer Politik des „Los von Deutschland“ andererseits wird im Rahmen des Projekts anhand zweier zentraler, eng miteinander verflochtener Problemkomplexe – der Außenhandelsbeziehungen sowie der Aktivität der reichs- bzw. der sudetendeutschen Wirtschaft in der Tschechoslowakei – untersucht. Unter dem Fluchtpunkt „München“ wird dabei immer mitreflektiert, ob Faktoren existierten, die – auch wenn 1938/39 eine qualitativ neue Stufe der Durchdringung der ČSR durch Deutschland begann – schon in den beiden vorangehenden Jahrzehnten eine Unterordnung der Tschechoslowakei unter das Reich vorprägten. Die Analyse wirft so auch neues Licht auf die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und leistet damit einen Beitrag zur Aufhellung bislang kaum beachteter Elemente der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs.

*Die Handelsbeziehungen der Ersten Tschechoslowakischen Republik  
zum Deutschen Reich*

Die ČSR erbt den größten Teil der Industrie der Donaumonarchie; in einigen Branchen der Leichtindustrie wie der Textilproduktion handelte es sich um einen Anteil von bis zu 90 Prozent. Diesem Produktionspotential stand allerdings ein nur beschränkt aufnahmefähiger Binnenmarkt gegenüber. Die Folge war eine starke Orientierung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft auf den Export: Im Durchschnitt aller Branchen mußten nach 1918 30–40 Prozent der Produktion, in der Metallindustrie über 50, in der Textil- und der Glasindustrie deutlich über 70 Prozent, im Ausland abgesetzt werden. Weniger der Umstand, daß kleinere Volkswirtschaften allgemein eine vergleichsweise hohe Exportquote aufweisen, sondern vielmehr die aus der Aufteilung des Habsburgerreiches nach politischen Gesichtspunkten resultierenden Disproportionen waren also die Ursache dafür, daß die ČSR in starkem Maße auf den Auslandsabsatz angewiesen war. In der Weltwirtschaftskrise, als mit dem offen-

kundig werdenden Zerfall des Welthandelssystems die Exporte dramatisch zurückgingen – sie erreichten bis 1938 nicht mehr das Niveau der zwanziger Jahre –, erwies sich dieser Umstand als Achillesferse der Tschechoslowakei: Insbesondere die schleppende Überwindung der Arbeitslosigkeit hing mit dem Verfall der Ausfuhr eng zusammen.

In unserem Zusammenhang entscheidend ist, daß das Reich während der gesamten Zwischenkriegszeit auf der Liste der Exportpartner der Tschechoslowakei an erster Stelle stand. Da schon aufgrund des Größenunterschieds der beiden Volkswirtschaften das Reich für die ČSR als Absatzgebiet von wesentlich größerer Bedeutung war als umgekehrt, hatte dies eine potentielle Abhängigkeit der Tschechoslowakei von ihrem Nachbarn zur Folge. Dasselbe galt hinsichtlich des Transithandels, denn die Ausfuhr nach Übersee mußte aus geographischen Gründen zum größten Teil über die Elbe und die deutschen Nordseehäfen Hamburg und Bremen geleitet werden. Was die Einfuhr anbetraf, so war hier die ČSR, ein mit Bodenschätzen nicht allzu reich gesegnetes Land, zum einen in größerem Umfang vom Import von Industrierohstoffen abhängig. Als Land von mittlerem industriellem Entwicklungsniveau bezog sie zudem technisch fortgeschrittene oder Spitzenprodukte etwa der Chemie oder des Maschinenbaus aus dem Ausland; sowohl unter dem Gesichtspunkt der Qualität als auch der Frachtkosten kam für solche Importe vorzugsweise der deutsche Nachbar in Frage. Hatte die relative Rückständigkeit der ČSR zwar durchaus auch Vorteile – insbesondere konnten bestimmte industrielle Massengüter, wie etwa die berühmten Baťa-Schuhe, zu niedrigeren Kosten als in Deutschland produziert und exportiert werden –, so war doch mit der technologischen Unterlegenheit gegenüber dem Reich eine weitere Dimension potentieller Abhängigkeit gegeben. Sie erschließt sich in einer über die rein statistische Analyse des Warenaustauschs hinausgehenden qualitativen Untersuchung der Handelsströme und ihres Stellenwerts im Rahmen der beiden Volkswirtschaften.

Wie stark die Tschechoslowakei auf den Warenverkehr mit Deutschland angewiesen war, zeigt sich schon daran, daß sie, trotz ihrer politischen Bindung an den Westen, im Juni 1920 ihr erstes Handelsabkommen mit dem Reich abschloß. In den folgenden Jahren reflektierten Handelsvertragspolitik und Handelspraxis die „asymmetrische Verflechtung“ zwischen beiden Staaten. Die tschechoslowakische Wirtschaft war sich durchaus der Tatsache bewußt, daß Handelskriege mit Deutschland in erster Linie zu Lasten der ČSR zu gehen drohten; darauf deutet etwa die von der Industrie durchgesetzte Weigerung hin, an den Anfang der zwanziger Jahre von Frankreich, dem außenpolitischen Verbündeten der ČSR, initiierten antideutschen Sanktionen teilzunehmen. 1929, als – nun bereits im Zeichen der Weltwirtschaftskrise – eine neue Runde bilateraler Handelsvertragsgespräche an der protektionistischen deutschen Zolltarifnovelle zu scheitern drohte, plädierte im tschechoslowakischen Industriellenverband eine überwältigende Mehrheit für weitere Verhandlungen, anstatt, wie von einigen besonders betroffenen Branchen vorgeschlagen, auf die Waffe des Boykotts zu setzen. Die schwächere *bargaining position* der ČSR manifestierte sich auch dort, wo, was häufig der Fall war, der Abschluß handelsvertraglicher Vereinbarungen an die Unternehmen bzw. Branchenverbände beider Länder delegiert wurde, die das Interesse an der Fernhaltung ausländischer Konkurrenz mit dem Bestreben zur

Expansion auf dem Markt des jeweiligen Partnerlandes austarierten. Auch solche Vereinbarungen, die zwischenstaatliche Handelsverträge aushöhlten bzw. teilweise ersetzten – ein grundlegender, die Außenwirtschaftsbeziehungen im Europa der Zwischenkriegszeit mehr und mehr prägender Sachverhalt –, gingen in der Regel eher zu Lasten der tschechoslowakischen Wirtschaft.

Das Reich hingegen führte Handelsvertragsverhandlungen im allgemeinen eher aus einer Position der Stärke heraus. So konnte in den zwanziger Jahren Berlin z. B. ein Junktim zwischen handelspolitischen Zugeständnissen und dem Verzicht der Tschechoslowakei auf die Beschlagnahme reichsdeutschen Eigentums und auf eine für Deutsche ungünstige Regelung von Arbeitsmarkt- und Gewerbezulassungsfragen herstellen. In der Weltwirtschaftskrise, besonders aber in den Jahren nach der Machtergreifung traten diese ungleichen Beziehungen in ein qualitativ neues Stadium ein. Weit rigoroser, als dies vor 1933 der Fall gewesen war, stellte das nationalsozialistische Regime mit Schachts „Neuem Plan“ die Handelsbeziehungen zur ČSR unter den Imperativ seiner eigenen, von der Autarkiepolitik geleiteten Bedürfnisse: So war vor allem die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland – zu Niedrigpreisen – erwünscht, während der tschechoslowakische Fertigwarenexport ins Reich durch die Kontingentierung behindert wurde und signifikant sank. Der bilaterale Handel, der im Zeichen der Weltwirtschaftskrise bereits seit 1929 stark zurückgegangen war, nahm auch nach dem Erreichen des Tiefpunkts (1933) nur langsam wieder zu, so daß 1938 das Niveau der zwanziger Jahre bei weitem noch nicht wieder erreicht war; der prozentuale Anteil des Reiches am Außenhandel der Tschechoslowakei hatte sich – auch wenn Deutschland nach wie vor an erster Stelle rangierte – bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs deutlich reduziert.

Was die Prager Politik anging, so lief dieser Umstand ihren Intentionen allerdings nicht einmal zuwider: War die tschechoslowakische Wirtschaft seit 1918 durch pragmatische Zwänge auch auf die enge Kooperation mit dem Reich angewiesen, so war das Bestreben, die Verflechtung mit Deutschland zu lockern und im gleichen Atemzug die Handelsbeziehungen der ČSR parallel zu ihren Bindungen an die Siegerstaaten des Weltkriegs umzustrukturieren, doch eine Konstante der Außenwirtschaftspolitik der „Burg“ praktisch seit der Gründung des Staates. Schon in den zwanziger Jahren wurde so versucht, einer – etwa von Finanzminister Rašín befürchteten – ökonomischen und, in der Folge, politischen „Satrapisierung“ der Republik vorzubeugen. In der folgenden Dekade erfuhren die Bestreben um eine Steigerung des Warenaustauschs mit den Westmächten und um eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern der Kleinen Entente einen neuen Aufschwung. Verstärkt gefördert wurde auch die Erschließung neuer Märkte in den Ländern außerhalb des Clearingbereichs, insbesondere in Übersee. Für den Rückgang des bilateralen Handels war also nicht allein das Reich verantwortlich; die von der Tschechoslowakei verhängten Devisenbeschränkungen und die sonstigen von ihr aufgerichteten Handelshemmnisse, nicht zuletzt auch ein politisch motivierter Boykott der Waren aus dem Nachbarland, dessen aggressive Außenpolitik nun zunehmend als existentielle Bedrohung empfunden wurde, wirkten in die gleiche Richtung.

Die Bestrebungen zur Umpolung der Außenwirtschaft unter der Devise „Los von Deutschland“ zeitigten zwar, wie beschrieben, deutliche Wirkungen (zu denen

natürlich die Wirtschaftskrise ebenso wie die deutsche Politik beitragen); daß die Erfolge trotzdem hinter den Erwartungen zurückgeblieben und „Kooperation“ weiterhin eine maßgebliche Rolle spielte – das Reich war schließlich nach wie vor der wichtigste Handelspartner der ČSR –, hatte mehrere Ursachen. So verfochten in den dreißiger Jahren maßgebliche, hinter dem größten tschechoslowakischen Finanzinstitut, der Gewerbebank, stehende Interessen im Gegensatz zur „Burg“ eine „realistische“, auf engere Anlehnung an Deutschland drängende Auffassung. Schon Mitte der zwanziger Jahre hatte die von der mächtigen Lobby der tschechoslowakischen Landwirtschaft durchgesetzte Hochzollpolitik für Agrarimporte landwirtschaftliche Einfuhren aus den Staaten Südosteuropas, damit aber auch den Export tschechoslowakischer Industriewaren in der Gegenrichtung gehemmt. Die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den westlichen Partnerländern dagegen stieß angesichts deren protektionistischer Politik an enge Grenzen. Der Aufbau neuer, Importe substituierender Industrien in der ČSR bewirkte ebenfalls keinen entscheidenden Umschwung, während Importbarrieren eher dazu angetan waren, das Direktengagement deutscher Firmen in der Tschechoslowakei zu fördern.

Jenseits der groben Umrisse sind in diesem Zusammenhang wesentliche Konzeptionen, Motive und Abläufe bisher ungeklärt. Genauer zu erforschen ist insbesondere der Konflikt zwischen der „Burg“, die auch auf ökonomischem Gebiet eine an der Staatsräson der ČSR orientierte Politik der „Westbindung“ verfocht und den vor allem in der Industrie zu ortenden Gegnern der Devise „Los von Deutschland“. Ungenügend aufgeheilt sind auch das Spiel der widerstreitenden Forderungen von Landwirtschaft und Industrie in der Zollpolitik und die Rolle einer überwiegend fiskalistisch orientierten Steuerpolitik, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft minderte und für viele Mißerfolge der Exportförderung verantwortlich war. Ein gerade unter dem Fluchtpunkt „München“ brisantes Problem ist, daß die stark exportorientierten sudetendeutschen Leichtindustrien von der Drosselung des Handels mit dem Reich besonders hart getroffen wurden, was zu einer überproportional hohen Arbeitslosigkeit in der sudetendeutschen Bevölkerung und, in der Folge, zu wachsender Attraktivität des Nationalsozialismus führte. Die Politik des „Los von Deutschland“ leistete also indirekt der Nazifizierung der deutschen Minderheit Vorschub und trug – so die These – dazu bei, das Ende der Tschechoslowakei als unabhängiger Staat zu besiegeln.

Der „Anschluß“, der die ČSR territorial weitgehend einsäumte, vergrößerte noch einmal die Möglichkeiten des Reichs, handelspolitischen Druck auf den Nachbarn auszuüben. „München“ bedeutete dann den Zugriff mit dem Mittel brachialer Gewalt. In dieser qualitativ neuen Phase der Beziehungen sollte sich das Extrem der von der tschechoslowakischen Politik von Anfang an für möglich gehaltenen und befürchteten Entwicklung realisieren.

*Reichsdeutsche Unternehmen und „sudetendeutsche Wirtschaft“  
in der Ersten Tschechoslowakischen Republik*

Aus nationaltschechischer Perspektive erschien nicht nur die wirtschaftliche Macht des großen Nachbarn jenseits der Grenze als potentielle Bedrohung; dasselbe galt

für das beträchtliche ökonomische Gewicht der deutschen Volksgruppe in der Tschechoslowakei, das sich aus den Zeiten der Monarchie, in der die Deutschen „Staatsnation“ gewesen waren, weitgehend unverändert erhalten hatte. Den Ruf eines „unsicheren Kantonisten“ konnte die deutsche Minderheit, trotz des Engagements in der tschechoslowakischen Politik unter der Devise des Aktivismus, nie ganz abstreifen. Ebenso als Bedrohung empfunden wurde die wirtschaftliche Macht reichsdeutscher Unternehmen im eigenen Land. Der neue Staat betrachtete die aus der Zeit vor dem Krieg fortbestehende starke Position des deutschen und des deutsch-österreichischen Kapitals als unvereinbar mit seiner „slawischen Identität“ und als Gefahr für seine politische Autonomie; auch in dieser Beziehung wurde die befürchtete ökonomische Durchdringung als Vorstufe einer politischen Vereinnahmung angesehen. Die Beteiligung von französischem, britischem und amerikanischem Kapital an der tschechoslowakischen Wirtschaft dagegen lief der Staatsräson der ČSR, die ihre Entstehung dem System von Versailles und der engen Anlehnung an die Westmächte verdankte, nicht zuwider. Das „reichs-“ und das „sudetendeutsche Problem“ überlagerten sich, da an der Wirtschaft der deutschen Minderheit in der ČSR in größerem Ausmaß auch reichsdeutsches Kapital beteiligt war. Auch binnenwirtschaftlich gesehen, ergab sich damit ein Konfliktherd, der die deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen wesentlich zu „Kampfbeziehungen“ machte. Allerdings gilt auch hier, daß der Nationalismus über weite Strecken durch Kooperation über die Volksgrenzen hinweg überlagert wurde.

In einem ersten Arbeitsschritt soll ein statistisch fundiertes Bild der reichsdeutschen Investitionen in der Tschechoslowakei und ihrer Entwicklung gezeichnet werden (die Kapitalströme in umgekehrter Richtung waren schwächer). Da diese finanziellen Verbindungen, weil der offiziellen politischen Ausrichtung des neuen Staates widersprechend, oft nicht ausgewiesen wurden, ist hier eine Aufgabe zu lösen, die Detailrecherchen in beträchtlichem Ausmaß erfordert. Der Begriff der „Wirtschaft der deutschen Volksgruppe“ hingegen stellt anspruchsvolle Definitionsprobleme; da die Nationalität des Kapitalgebers, des Firmeneigentümers und der Belegschaft keineswegs immer zusammenfielen, ist hier ein komplexes Kriterium der Zuordnung zu entwickeln.

Bei der Frage nach dem ökonomischen Gewicht der Deutschen in der Tschechoslowakei sind zwei Aspekte zu unterscheiden. Nahm sich der Anteil der sudetendeutschen Unternehmen an der Wirtschaft der ČSR in der Statistik auch imposant aus, so handelte es sich hier doch zum großen Teil um vergleichsweise rückständige Betriebe der Leichtindustrie, die wegen ihrer einseitigen Exportorientierung zudem in hohem Maße krisenanfällig waren. Der Einfluß reichsdeutscher Firmentöchter dagegen machte sich in erster Linie in modernen Schlüsselsektoren wie der Elektrotechnik, der Metallverarbeitung und der Chemie geltend. Das wirtschaftliche Gewicht der Deutschen äußerte sich hier in der tschechoslowakischen Abhängigkeit von Patenten und Lizenzen und der Überrepräsentation ausländischer Fachleute in leitenden Stellungen. Deshalb darf die Untersuchung auch nicht, wie dies die bisherige Forschung weitgehend getan hat, bei einer bloßen Quantifizierung der Auslandsinvestitionen in der ČSR stehenbleiben, die zu dem Schluß führen müßte, daß die deutschen Kapitaleinflüsse im Vergleich zu denen der westlichen Staaten zweitrangig waren. Sie hat

vielmehr der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die deutschen Investitionen gerade in den modernen Sektoren der tschechoslowakischen Volkswirtschaft erfolgten, wo die Abhängigkeit der ČSR von deutschem Know-how sich auch unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkt als äußerst heikle Tatsache darstellte.

Analog zur Außenhandelspolitik unter der Devise „Los von Deutschland“ gab es auch gegen die Position deutscher Firmen in der ČSR gerichtete Bestrebungen. Sie zielten, ungeachtet des unterschiedlichen Gewichts beider, gleichermaßen auf reichs- wie auf sudetendeutsche Unternehmen. Daß sie unter primär politischen Vorzeichen standen, zeigt sich daran, daß die als existentielle Bedrohung empfundene nationalsozialistische Machtergreifung dem tschechischen Nationalismus auf dem Gebiet der Wirtschaft deutlich Vorschub leistete. In diesem Zusammenhang sind wichtige Sachverhalte bislang nur ungenügend geklärt. Dies gilt vor allem für die Hintergründe eines ganzen Bündels von „Nationalisierungsmaßnahmen“, die die administrative bzw. finanzielle Kontrolle über die deutschen Unternehmen gewährleisten und die Position tschechischer Firmen im Wirtschaftsleben der Republik stärken sollten. Hierbei handelte es sich etwa um die Reservierung von Staatsaufträgen für nicht-deutsche Firmen und um Vorzugsbehandlung bei der Gewährung von Krediten und Abschreibungen, andererseits um die restriktive Regelung der Bedingungen für die Beschäftigung reichsdeutscher Arbeitskräfte und Eingriffe in die Geschäftsführung oder die Zusammensetzung von Verwaltungsräten deutscher Unternehmen. In manchen Fällen wurde auch – mit mehr oder weniger sanftem Druck – versucht, den Verkauf von Firmen an den Staat oder die Verlagerung militärisch wichtiger Unternehmen aus den Grenzgebieten ins Landesinnere herbeizuführen.

Die sudetendeutsche Wirtschaft war, wie gesagt, ebenso wie reichsdeutsche Firmmentöchter von dieser – in der zeitgenössischen deutschen Polemik so genannten – „Tschechisierung“ betroffen. Zusätzlich kam hier jedoch ins Spiel, daß die krisenanfällige Leichtindustrie in den sudetendeutschen Randgebieten der Tschechoslowakei in besonderem Maße auf staatliche Strukturhilfen angewiesen war, die die notorisch passive Prager Wirtschaftspolitik nicht leistete. Daß, vor allem in der Weltwirtschaftskrise, die deutsche Minderheit wirtschaftlich mehr und mehr ins Hintertreffen geriet und von der Arbeitslosigkeit überproportional betroffen war, darf jedoch nicht einfach der Ranküne einer antideutschen Politik zur Last gelegt werden. Zwar ist einerseits in Rechnung zu stellen, daß die Notlage der Sudetenindustrie billigend in Kauf genommen wurde; andererseits gab es aber durchaus auch Gründe von Gewicht dafür, den Wandel von Strukturen, deren Überlebtheit gerade in der Krise offensichtlich wurde, nicht zu blockieren; die Gewichtung dieser unterschiedlichen Motive und die Analyse ihres Zusammenwirkens ist hier von zentraler Bedeutung.

Die Behauptung der reichsdeutschen Unternehmen erforderte großes Fingerspitzengefühl, wie etwa die den tschechoslowakischen Banken eingeräumten Kapitalbeteiligungen und andere, im einzelnen sehr komplizierte Kompromißtaktiken zeigen. Auch hier stellt sich die Frage, inwiefern die nationalsozialistische Machtergreifung eine Zäsur war. Wurde die Strategie der „limitierten Konzessionen“ in den dreißiger Jahren durch ein offensiveres Auftreten der reichsdeutschen Firmen ersetzt, oder war gerade – auf den ersten Blick paradox – das wachsende politische Gewicht des Reiches Anlaß zu größerer Zurückhaltung? Immerhin provozierte die

in zunehmendem Maß als bedrohlich empfundene deutsche Politik Mobilisierungsmaßnahmen der ČSR, wie das Staatsverteidigungsgesetz von 1936, das sich in erster Linie für die als national unzuverlässig angesehenen reichsdeutschen Firmen negativ auswirkte.

Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang, inwieweit die deutsche Wirtschaft in der ČSR auf politischen Flankenschutz von jenseits der Grenzen rechnen konnte. Hinsichtlich der Sudetendeutschen sah sich das Reich zwar in einem Dilemma zwischen der Verpflichtung zur Schützenhilfe für das Auslandsdeutschtum und dem Gebot der Nichteinmischung in die Innenpolitik des Nachbarn. Daß die reichsdeutsche Politik gleichwohl nicht untätig blieb, zeigte sich nicht nur an der Sanierung der sudetendeutschen Banken mit deutschen Mitteln und unter politischer Führung Berlins. Im Reich hatte man z. B. auch ein waches Auge auf Verschiebungen in den Besitzverhältnissen zwischen Tschechen und Deutschen und suchte solche durch politische Interventionen zu verhindern. Ebenso stellte die deutsche Außenhandelspolitik, wenn auch nur von Fall zu Fall, die Interessen der sudetendeutschen Exportindustrie mit in Rechnung. Eine eindeutig ideologische Schlagseite gewannen solche Bestrebungen, als in den späteren dreißiger Jahren die durch die Henlein-Partei gesteuerte, von der „Kreditanstalt der Deutschen“ durchgeführte Vergabe reichsdeutscher Kredite gezielt nationalsozialistische Unternehmer begünstigte.

Eine ausgewogene Beurteilung der Abläufe wie der Resultate der Nationalisierungspolitik hat in Rechnung zu stellen, daß dieser durchschlagende Erfolge gegen reichsdeutsche Firmentöchter verwehrt bleiben mußten, solange sich an der technologischen Unterlegenheit der ČSR nichts Entscheidendes änderte. Ein realitätsgerechtes Urteil über die Stoßkraft des Wirtschaftskampfes hat zwischen nationalistischer Propaganda – oft mit eindeutiger Funktion im Kräftespiel der politischen Parteien – und Wirklichkeit zu unterscheiden und, entgegen der Legende von der „brutalen Tschechisierung“, ins Kalkül zu ziehen, daß unter den Rahmenbedingungen einer leidlich funktionierenden Demokratie diese Politik sich weitgehend im rechtsstaatlichen Rahmen gehalten hat. Hinzu kommt, daß die „Frontlinien“ zwischen Tschechen und Deutschen in vielen Fällen durch Kooperation zwischen den Nationalitäten (etwa der deutschen und der tschechischen Industrie) wie auch durch interessenpolitisch motivierten Dissens innerhalb der Volksgruppen (etwa zwischen Industrie und Landwirtschaft) überlagert wurden. Nationale Gegensätze wurden etwa durch die beschriebene Einräumung von Kapitalbeteiligungen an tschechoslowakische Banken aufgebauscht. Ökonomische Interessen behielten hier – was einheimischen Finanzkreisen nicht selten als „Verrat“ angerechnet wurde – gegenüber der „Ideologie“ die Oberhand.

Insgesamt gesehen waren trotzdem die durch die Krise begünstigten Bestrebungen zur Zurückdrängung der deutschen Wirtschaft vergleichsweise erfolgreich. Letzten Endes aber erwiesen sich auch solche Positionsgewinne des Prager Wirtschaftsnationalismus als Bumerang: Dadurch, daß sie maßgeblich dazu beitrugen, die Sudetendeutschen Hitler in die Arme zu treiben, trugen sie letztlich zur Kolonisierung der ČSR durch das Reich bei.

Neben sachlichen Gesichtspunkten war für die Wahl des Themas auch maßgeblich, daß die demokratische Revolution in der Tschechoslowakei für das Projekt höchst günstige äußere Voraussetzungen geschaffen hat. So sind im Zuge der politischen Umwälzungen ab 1989 die tschechoslowakischen Archive für ausländische Benutzer geöffnet worden, womit sich die Chance bietet, in großem Umfang bisher nicht zugängliches Material zu erschließen und so wissenschaftliches Neuland zu betreten. Profitiert haben die Arbeiten auch vom erleichterten Zugang zu den Archiven in den neuen Bundesländern.

In den deutschen staatlichen Archiven ist schwerpunktmäßig zunächst die Handelspolitik dokumentiert, hier finden darüber hinaus aber auch Aktivitäten von Unternehmen, Verbänden und Kammern, soweit sie die staatliche Wirtschaftspolitik beeinflussten, ihren Niederschlag. Von erstrangiger Bedeutung sind die Akten der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn; ein kleinerer Teil dieser Überlieferung findet sich auch im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam. Die Bonner Aktengruppe „Gesandtschaft Prag“ informiert außerordentlich dicht über praktisch alle Aspekte der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Neben dem Potsdamer Bestand „Reichswirtschaftsministerium“ werden ergänzend auch die Akten des Reichsfinanzministeriums, der Reichskanzlei und der Reichsstelle für Außenhandel, die zum Teil im Bundesarchiv Koblenz, zum Teil in Potsdam lagern, herangezogen.

Von den tschechoslowakischen Akten erwiesen sich als relevant in erster Linie die Bestände des Prager Auswärtigen Amtes, insbesondere die Berichterstattung der Botschaften und die Akten der handelspolitischen Abteilung. Der umfangreiche Bestand „Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe“, eine Fundgrube zu praktisch allen Aspekten des Themas, insbesondere aber zur Lage und Entwicklung der sudenteutschen Industrie, findet sich im Staatlichen Zentralarchiv der ČSFR in Prag, ebenso wie der Fond „Präsidium des Ministerrats“. In zweiter Linie einschlägig sind die Akten des Finanzministeriums, der Ministerien für Landwirtschaft, für soziale Fürsorge und für öffentliche Arbeiten, des Amtes für Außenhandel und die Bestände einiger Körperschaften wie des Beirats für volkswirtschaftliche Fragen, des Tschechoslowakischen Exportinstituts und des Getreidemonopols. Von den im Zentralarchiv aufbewahrten Akten der tschechoslowakischen Parteien wirft insbesondere der Bestand SdP Schlaglichter auf die Beziehungen zwischen reichsdeutscher und sudenteutscher Wirtschaft in den dreißiger Jahren. Für die Analyse der Hintergründe der tschechoslowakischen Außenwirtschaftsbeziehungen als unerlässlich erwiesen sich außerdem die auf intimer Kenntnis des Innenlebens der tschechoslowakischen Politik beruhenden Berichte des österreichischen Gesandten in der ČSR, Marek, im Staatsarchiv der Republik Österreich in Wien.

Unterhalb der zentralstaatlichen Ebene nahmen auf die Außenwirtschaftsbeziehungen auch die an die Tschechoslowakei angrenzenden deutschen Länder Einfluß. Material zu bayerischen, sächsischen bzw. schlesischen Sonderbeziehungen zur Tschechoslowakei findet sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Akten der Bayerischen Staatskanzlei bzw. des Bayerischen Wirtschaftsministeriums), im Staatsarchiv Dresden (Akten des Sächsischen Außenministeriums, des Sächsischen Wirtschaftsministeriums und der Gesandtschaft Berlin) und im Geheimen Staatsarchiv Preußischer

Kulturbesitz in Merseburg (Akten des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Preußischen Ministeriums der Finanzen und des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft).

Herangezogen werden darüber hinaus die bei Verbänden, Kammern und Unternehmen entstandenen Unterlagen, die zum Teil in staatlichen, zum Teil in Firmenarchiven aufbewahrt werden. Material zu Kammern und Verbänden findet sich auf deutscher Seite im Archiv der Industrie- und Handelskammer München, auf tschechoslowakischer Seite im Bestand „Zentrale der Handels- und Gewerbekammern“ bzw. „Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen“, beide im Staatlichen Zentralarchiv Prag. Die Archive von Henkel, ENKA-Glanzstoff, Bayer (IG Farbenindustrie AG), Mannesmann und Siemens enthalten Quellen zur Geschichte der tschechoslowakischen Firmentöchter Henkel-Leitmeritz, Böhmisches Glanzstoff-Fabrik Lovosice, Mannesmann-Komotau, der IG-Tochter Tefa und der Siemens-Auslandsunternehmungen Siemens-Österreich, Elektrotechna Prag und SEAG. Ergänzt werden diese Bestände durch Teile von in Potsdam zugänglichen Firmenarchiven, u. a. der Dresdner Bank, der Deutschen Bank, der IG Farbenindustrie AG und von Siemens. Insbesondere in den zentral wichtigen Branchen Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik ist damit die Aktivität der reichsdeutschen Wirtschaft in der ČSR gut dokumentiert.

Auf tschechoslowakischer Seite erwies sich als eine Fundgrube ersten Ranges das Archiv der Staatsbank der ČSFR, das die Akten einer Reihe von Großbanken aufbewahrt, welche durch ihre umfangreichen Industriebeteiligungen sowohl auf die Auslandsbeziehungen der tschechoslowakischen Wirtschaft als auch auf die Aktivitäten deutscher Unternehmen in der ČSR Einfluß nahmen. Aus dem Bestand „Gewerbebank“ konnten exemplarische Materialien zu den Beteiligungen dieses wohl wichtigsten Finanzinstituts der Ersten Republik bei den Siemens-Töchtern und der Böhmisches Glanzstoff-Fabrik ausgewertet werden. Da die Tätigkeit dieser Firmen auch auf deutscher Seite dokumentiert ist, ergibt sich hier eine außerordentlich interessante Doppelperspektive.